

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646-46 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt, SPD-
Vorsitzender, würdigt
Peter Blachstein: Die
Demokratie weiß, daß
sie ihm viel zu danken
hat

Seite 1/1a

Heinz Kreuzmann MdB zu
den Innerdeutschen Ver-
handlungen

Seite 2

Heinz Rapp MdB fordert
die Union auf, sich
nicht länger den welt-
wirtschaftlichen Realiti-
täten zu verschließen

Seite 3-5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 192

6. Oktober 1977

Die Demokratie hat ihm viel zu danken

Zum Tode des Sozialdemokraten Peter Blachstein

Von Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands

Mit dem Tode von Peter Blachstein ist die Bundesrepublik Deutschland um einen engagierten Friedenspolitiker und unbeugsamen Demokraten ärmer geworden. Wenn unser Land heute normale, mehr als formale Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas unterhält, dann ist das zu einem gut Teil auch sein Verdienst. Es war kein Zufall, daß er 1968, bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, als Botschafter nach Belgrad geschickt wurde.

Der Parlamentarier der ersten Stunde, der seinen Hamburger Wahlkreis ohne Unterbrechung von 1949 bis 1968 im Bundestag vertrat, war alles andere als ein bequemer oder gar angepaßter Mann. Er hat nie gezögert, gegen den Strom zu schwimmen, wenn er dies für geboten hielt. So auch, als er sich schon früh für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ländern des Warschauer Paktes einsetzte. Als Mitglied des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat Peter Blachstein auch auf anderen

Gebieten mühselige Pionierarbeit für den Frieden geleistet.

Peter Blachstein war einer von denen, die die Brutalität der NS-Herrschaft am eigenen Leibe erfuhren. Wegen seiner Herkunft und Überzeugung gehörte er zu den Verfolgten: Schon kurz nach der Machtergreifung des Nazi-Regimes war er im KZ Hohnstein inhaftiert und entging nach seiner Freilassung einer drohenden zweiten Verhaftung nur durch die Flucht nach Skandinavien, zuerst nach Norwegen, später nach Schweden.

Es gehörte zu den prägenden Erfahrungen in Peter Blachsteins Leben, daß er an Ort und Stelle miterlebte, wie die spanische Republik in Blut, Rauch und Trümmern versank. Er hat Francos Spanien später keine Konzessionen gemacht.

Ein Trost mag gewesen sein, daß er im vergangenen Jahr miterfahren konnte, wie die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens unter der energischen Führung des jungen Generalsekretärs Felipe Gonzales ihren ersten Parteitag auf spanischem Boden nach vierzig Jahren Diktatur abhalten und damit an eine ehrwürdige Tradition anknüpfen konnte. Der Beifall, mit dem die noch lebenden Mitstreiter aus den dreißiger Jahren in Madrid begrüßt wurden, hat gezeigt: Die Demokratie - in Spanien und anderswo - weiß, daß sie Männern wie Peter Blachstein viel zu danken hat.

Für die Hamburger Sozialdemokraten und für unsere Bundespartei hat Peter Blachstein sich zahlreicher Aufgaben angenommen. Auch an unserem letzten Entwicklungspolitischen Kongreß in Wiesbaden hat er noch engagiert teilgenommen, obwohl er von seiner langjährigen Krankheit schon stark gezeichnet war. Die deutschen Sozialdemokraten werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

(-/6.10.1977/ks/ja)

+ + +

Grünes Licht für Gaus

Verhandlungen sollen aus dem Stadium der Vorabklärung herauskommen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innerdeutschen Ausschuß

In der Deutschlandpolitik ist die Zeit der großen sensationellen Veränderungen vorbei. Was geblieben ist, ist Kärnerarbeit. Die Durchführung von Korrekturen und Begrädigungen. Der Versuch, in manchen Grauzonen wie dem Häftlingsaustausch, der Lösung schwieriger Einzelfälle und dem Ringen um tragbare Lösungen von Einzelschicksalen unmenschliche Folgen der Grenzziehung durch Deutschland zu mildern. Die Zahl dieser Probleme sind Legion. Ein wesentlicher Teil von ihnen gehört zum täglichen Brot der Alltagsarbeit der Ständigen Vertretung in Ostberlin und wird von ihr hingebungsvoll wahrgenommen.

Die weitaus größte Menge dieser Arbeit der Ständigen Vertretung wie auch des in diesen Fragen sehr engagierten Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Was hier getan wird, kann nicht auf Marktplätzen ausgetragen werden. Zuviel Prestigedenken und politische Prinzipienfragen sind damit verbunden. So müssen es sich die, die in diesem Bereich tätig sind, immer wieder gefallen lassen, daß man an ihrer Arbeit zweifelt oder ihren Wert in Frage stellt. Auch von denen, denen geholfen wurde, wünscht man oft oder legt es ihnen sogar nah, daß sie nicht zuviel reden oder anklagen. Nicht weil Leisetreteri hier zum politischen Stil erhoben wurde, sondern weil man sehr leicht mit allzuviel Publizität denen schadet, die noch auf eine Lösung ihrer Probleme drüben warten.

Nur manchmal geht daher der Vorhang über der deutsch-deutschen Szene hoch. So wie jetzt, nachdem man aus dem Feld der Vorabklärung in das konkreter Verhandlungen ein-treten will. Es hat sich gezeigt, daß der Boden für weitere Abmachungen reif sein könnte. Fragen, die über den Bereich zwischenmenschlicher Beziehungen hinausgehen, sind noch in erheblicher Anzahl vorhanden. Um nur einige zu nennen: Kanalausbauten, Herrichtung von Schleusen, neue Bahnübergänge und die ganz dicken Brocken wie die Probleme des Kapitaltransfers, eines Kulturabkommens, einer zusätzlichen Autobahn-verbinding und manches andere mehr. Zunächst bestehen die besten Aussichten zur Lösung einiger kleinerer Verkehrs- und Wasserstraßenprobleme. Immerhin ein Anfang und er wird Zeit brauchen. Man sollte hier den Horizont der Erwartungen auch nicht zu hoch schrauben. Schneller wird es immer nur dort gehen, wo sich Interessen der Bundes-republik nahtlos mit denen der DDR decken.

Daß Kohl bei der Ankündigung versucht hat, dabei auch wieder die Staatsangehörigkeits-frage mit ins Spiel zu bringen, wird niemand verwundern. Der Bundeskanzler hat jedoch gerade in dieser Frage erneut den Standpunkt der Bundesrepublik bekräftigt. Das ändert jedoch nichts daran, daß Gaus zu den anderen Verhandlungskomplexen "Grünes Licht" hat. Ein Mann wie Michael Kohl kennt sich im übrigen in der Verfassungskonstruktion der Bundesrepublik gut genug aus, um zu wissen, woran er in dieser Frage mit der Bundes-republik ist. So versucht er es nach der Methode des steten Tropfens. Wir sollten uns deshalb nicht aus der Ruhe bringen lassen! (-/6.10.1977/hi/ja)

Nicht länger den weltwirtschaftlichen Realitäten verschließen

Anmerkungen zu den Haushaltsreden der Oppositionssprecher Strauß und Barzel

Von Heinz Rapp MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Daß es den taktischen Bedürfnissen der Opposition nicht gerade entgegenkommt, wenn sich unsere wirtschaftlichen Probleme vor der Szenerie der weltwirtschaftlichen und weltweiten Schwierigkeiten relativieren, kann man ja verstehen - man wird füglich von ihr nicht erwarten können, daß ihre Sprecher den weltwirtschaftlichen Hintergrund in ihren Reden besonders sorgfältig ausleuchten. Etwas anderes ist es freilich, wenn die Opposition notorisch nicht zur Kenntnis nimmt, daß es diese vielfältigen Bedingungsbeziehungen, Wechselwirkungen, Abhängigkeiten und dementsprechend Begrenzungen unserer eigenen wirtschaftspolitischen Wirkmöglichkeiten tatsächlich gibt. Und wenn nun diese Opposition nicht nur in Bezug auf die Außenwirtschaft, sondern ganz allgemein in der Außenpolitik stets und ständig so tut, als sei die Bundesrepublik autonom und der Nabel der Welt, als sei der Rest der Welt sozusagen Manövrier-masse deutscher Politik, dann kommt darin eine Geisteshaltung zum Ausdruck, die einen bedenklichen Realitätsverlust signalisiert - um weitergehende Qualifizierung mal außer Betracht zu lassen.

Da schreibt nun die Deutsche Bundesbank in ihrem September-Bericht zur allgemeinen Konjunkturlage - Konjunkturlage wohl gemerkt; die Strukturprobleme im Gefolge des Wandels der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und der hohen Produktivitätsraten bleiben da noch außen vor -, die Abflachung des Aufschwungs während der letzten Monate sei maßgeblich darauf zurückzuführen, daß die Auslandsnachfrage seit Beginn des 2. Vierteljahres 1977 stark zurückging (im Juni/ Juli um 7 1/2 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Zweimonatszeitraum); die so erklärte Abflachung des Aufschwungs aber ist der Hintergrund, vor dem in diesen Tagen die Haushaltsdebatte geführt werden muß. Für die Redner der Opposition - die Herren Dr. Strauß und Dr. Barzel - aber gibt es diesen Hintergrund gar nicht, da wird, wie gesagt, diskutiert, als sei die Einbettung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft und seien die dadurch bedingten Abhängigkeiten eine Erfindung der Sozialdemokraten. Und so kommt es dann zu Reden, wie die Herren Strauß und Barzel gestern welche gehalten haben.

Liest man im Jahreswirtschaftsbericht die Jahresproduktion 77 nach, so findet man dort die ja nicht aus dem Hut gezauberte, vielmehr von der OECD übernommene und in die Projektionsrechnung eingespeiste Annahme eines Wachstums des Welthandels (Ausfuhr) um real acht bis zehn Prozent, nominal zehn bis 13 Prozent. Allerdings war dazu in der Jahresproduktion 77 ausdrücklich gesagt worden, diese Werte würden nur erreicht werden können, wenn keine neuen internationalen Risiken auftreten. Nun aber sind sie aufgetreten; heute ist klar, daß die damals in die Projektion eingegangenen Annahmen zur Entwicklung des Welthandels nicht erreicht werden. Und da das Zurückbleiben des Nachfrageaggregats Außenwirtschaft in der Gesamtrechnung nicht durch Entwicklungen bei den anderen Aggregaten kompensiert wurde, kann auch die angenommene Wachstumsrate des Sozialprodukts um fünf Prozent nicht erzielt werden. Wiederum die Bundesbank: Die flache Entwicklung des Auslandsgeschäfts der deutschen Produzenten spiegelt in erster Linie wider, daß in wichtigen Abnehmerländern die wirtschaftliche Dynamik ebenfalls nachgelassen hat - und dies eben mit der Folge der Beeinträchtigung unserer Exportchancen. Des weiteren weist die Bundesbank darauf hin, daß auch der spekulative

Aufwärtstrend des DM-Kurses, der auf der anderen Seite dazu geführt hat, daß Produkte ausländischer Anbieter auf unseren Binnenmärkten konkurrenzfähiger geworden sind, so daß die Entwicklung der Außenwirtschaft nach Maßgabe der Verschiebung der Wechselkursrelationen von beiden Seiten her, von der Ausfuhr wie von der Einfuhr her, Druck auf unseren Arbeitsmarkt ausübt.

Dies alles aber findet in der Weltsicht, in der Befassung der Opposition mit unseren wirtschaftlichen Problemen überhaupt nicht statt. Unter Aufwertungsdruck stehen doch wohl nur starke Währungen, Währungen von Ländern also, deren Wirtschaftskraft, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik stärker und besser sind als die anderen Länder. Dazu einige Aspekte:

- Viele unserer Weltwirtschaftspartner haben trotz mehr oder weniger überzeugender Anstrengungen bei der Preisstabilisierung geringere Erfolge erzielt als wir. Die Wechselkursentwicklung spiegelt auch dies wider - mit den geschilderten Folgen. Im System frei schwankender Wechselkurse gleichen sich nicht mehr primär die unterschiedlichen Niveaus der Inflation, vielmehr wirksamer die unterschiedlichen Niveaus der Beschäftigung einander an. Dies ist nun weder ein Plädoyer für mehr Inflation noch eines für starre Wechselkurse - ich weiß da zwischen den kürzer- und den längerfristigen Gesichtspunkten zu unterscheiden und habe eh und je gewußt, daß Inflation nachhaltig Arbeitsplätze vernichtet. Aber die kurzfristigen Folgen alles dessen darf man eben auch nicht aus dem Auge verlieren.
- In einigen Partnerländern, in denen - wie in den USA - die Konjunktur angesprungen ist, hat dies bereits wieder zu hohen Zahlungsbilanzdefiziten und zu steigenden Inflationsraten geführt. Wir in der Bundesrepublik hingegen haben unsere Strukturen soweit angepaßt, daß auch eine spürbare Wirtschaftsbelebung auf geraume Zeit hinaus nachfragegerechte Produktionsfaktoren einer stärkeren Auslastung zuführte, also ohne Preissteigerungen vorstatten gehen könnte.
- Es gibt Länder, die dem Druck des weltwirtschaftlichen Strukturwandels nur noch durch protektionistische Praktiken glauben standhalten zu können. Wir erwehren uns dessen, zahlen vor allem multilateral viel Geld, um unseren Partnern stattdessen Marktanpassungen zu ermöglichen. Wo dies nicht gelingt, entstehen zu unseren Lasten gehende Liberalisierungsgefälle.
- Nicht alle Volkswirtschaften sind zur Bewältigung der aus dem Strukturwandel resultierenden sozialen Probleme so gut ausgerüstet wie wir. Auch daraus ergeben sich Friktionen, die die Funktionsfähigkeit der Weltwirtschaft beeinträchtigen.
- Die Völker der unentwickelten Länder haben ein neues Selbstbewußtsein gewonnen. Diese Herausforderung, die wir als produktiv empfinden, erfordert von uns an-

dere Antworten als die, die etwa Herr Todenhöfer gibt, der die in diesen Tagen ja vielfältig apostrophierte Konflikttheorie da bis zum Überdruß praktiziert.

- Die Unsicherheit über die Entwicklung der Weltmärkte, der Rohstoff- und Energieversorgung lastet auf der unternehmerischen Wirtschaft aller Industriestaaten, beeinträchtigt die Investitionsneigung allüberall. Wir hier in der Bundesrepublik sind ja vorneweg, wenn es gilt, das Zukunftswissen zu erweitern - aber wir haben hier leider auch eine Opposition, die die daraus an sich mögliche Vertrauensbildung behindert, indem sie genau diese Bemühungen um mehr Zukunftswissen als staatssozialistische Machenschaften machthungriger Funktionäre denunziert.

Kurzum: Wer sich notorisch weigert, unsere Wirtschaftslage und die Reichweite deutscher Wirtschaftspolitik im Bedingungsrahmen der Weltwirtschaft zu sehen, der will nicht sehen, der hat es offensichtlich nötig, zur Absicherung seines bequem verkürzten Welt- und seines ideologisch verprellten Feindbildes die Augen zuzumachen. Und wenn Herr Dr. Strauß dennoch in seiner Rede mehrfach hat anklingen lassen, daß er die gegenseitige Verantwortung der Parteien auch füreinander kennt, dann würde dazu, so meine ich, gehören, daß sich die Opposition nicht länger den Realitäten, den weltwirtschaftlichen Herkünften und Zusammenhänge unserer Probleme verschließen dürfte. Wie anders sollen die Parteien zur Lösung der ihnen gemeinsam gestellten Probleme aufeinander zu- und aufeinander eingehen können ?

(-/6.10.1977/vo-he/ja)

+ + +